

Bürgeranhörung zum Projekt Marina Greisbachsee

**am Dienstag, 19. Oktober 2021, 18.00 Uhr,
im Bürgerhaus Baumberg.**

Teilnehmende:

- Bürgermeister Herr Zimmermann
- Frau Frey,
- Herr Engel (Protokoll)
- Herr Dörnfeld (Mediamare Consulting)
- Herr Gottschalk (Strauchwerk Landschaftsarchitekten)
- sowie ca. 150 interessierte Bürgerinnen und Bürger.

Die Planwerke konnten bereits ab 17.30 Uhr eingesehen werden.

Herr Zimmermann eröffnet die Veranstaltung um 18.05 Uhr.

Herr Dörnfeld vom Büro Mediamare Consulting aus Berlin wurde durch die Verwaltung mit der Variantenuntersuchung Marina Greisbachsee und Marina Baumberger Rheinauen beauftragt. Sein Vortrag hebt die Genehmigungsvorbehalte zu einer Marina in den Baumberger Rheinauen hervor. Weiterhin beschreibt er die Plausibilität sowie die Chancen einer Marina am Greisbachsee

Herr Gottschalk vom Büro Strauchwerk Landschaftsarchitekten wurde durch die Verwaltung für die potentiellen Freizeiteinrichtungen am Greisbachsee beauftragt. Er stellt die Varianten Badesees sowie zwei potentielle Marinas auf dem Greisbachsee im Zusammenhang mit potentiellen Freizeitnutzungen vor. Weiterhin stellt Herr Gottschalk zwei Entwurfsskizzen für eine Marina auf dem Greisbachsee vor.

Im Folgenden werden die vorgebrachten Anregungen und Kommentare der Bürgerschaft wiedergegeben.

Fragen: Es wird gefragt, für wen eine solche Marina gebaut würde und wie die Monheimerinnen und Monheimer davon profitieren. Es wird hinterfragt, ob die Stadt eine Investition in solcher Höhe für auswärtige Bürgerinnen und Bürger tätigen sollte und warum dies gerade an der Stelle notwendig wird.

Antwort: Durch die Marina wird der Tourismus für die gesamte Stadt gestärkt. Es werden Liegeplätze für alle entstehen. Das Freizeitangebot rund um die Marina wird vor allem für Monheimerinnen und Monheimer gebaut. Die Erlebbarkeit des Wassers wird gestärkt. Ergänzende Angebote bspw. durch Charterfahrten bedienen einen weiteren Nutzerkreis. Bspw. bietet die KD zwar ebenfalls private Buchungsmöglichkeiten an, jedoch erst ab einer

dreistelligen Personenzahl. Mit der Marina können auch kleinere Gruppen Chartermöglichkeiten nutzen. Die mit einer Marina geschaffene Atmosphäre wird für alle ein Erlebnis sein.

Um die Bedeutung der Nutzung des Greisbachsees herauszustellen, wird ergänzend auf die anderen Seen im Monheimer Stadtgebiet verwiesen. Der Monbagesee ist gänzlich Naturschutzgebiet und steht nicht für intensive Nutzungen zur Verfügung. Der Krämersee konnte in der Vergangenheit nicht als Badesee gewonnen werden. Die Öffnung des Greisbachsees für die Öffentlichkeit ist daher die einzige Chance, einen See im Stadtgebiet der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Ein Baumberger Rheinhafen bietet eine große Chance, die Erlebbarkeit des Wassers und die Stadtgestalt zu verbessern.

- Frage: Eine Kosten-Nutzung-Kalkulation wird erfragt, um einen Überblick über die entstehenden Kosten des Projektes zu erhalten.
- Antwort: Die Kostenstruktur aus dem Gutachten wird aufgeführt: Es werden ca. 2,5 Mio. € für den Kanal, etwa 10 Mio. € für die Brücke, weitere 5 Mio. € für die Medien notwendig. Für die Fluttore sind ca. 10 Mio. € notwendig, die Baumaßnahmen am See veranschlagen ca. 3,5 Mio. € und die Marina ca. 2 Mio. €. Unter Einbeziehung von verschiedenen Unvorhersehbarkeiten ist ein Gesamtvolumen von etwa 40 Mio. € als Kostenrahmen definiert. Der dadurch entstehende Freizeit- und Attraktivitätswert und die Entstehung von Arbeitsplätzen sowie das plausible Nutzungs- und Betreiberkonzept der Marina stehen dem gegenüber.
Zur Einordnung des Kostenrahmens wird als Beispiel das Monamare mit seiner aktuellen Umgestaltung im Wert von 30. Mio. € erwähnt.
- Frage: Es wird erfragt, ob es für dieses Projekt eine Ökobilanz gibt?
- Antwort: Die Ökobilanz ist bislang nicht Gegenstand der Prüfung gewesen. Bislang lag der Fokus auf der Plausibilität und der Machbarkeit eines solchen Prozesses. Im weiteren Verfahren werden die gesetzlichen Vorgaben sowie die Anmerkungen der übergeordneten Behörden überprüft. Eingriffe müssen grundsätzlich ausgeglichen werden.
- Frage: Es wird erfragt, ob es einen „Ausstiegspunkt“ gibt, an dem vordefiniert ist, ab wann für die Verwaltung das Projekt nicht weiter verfolgbar ist.
- Antwort: Solche Punkte kann man am Beginn einer Planung nicht definieren, damit wäre ein solches Projekt direkt zum Scheitern verurteilt. Das Planverfahren steht ganz am Anfang. Die Planungen sollen mit offenem Ergebnis weiter fortgeführt werden. Am Ende muss eine rechtssichere und genehmigungsfähige Planung stehen. Der Planungsausschuss wird in seiner kommenden Sitzung am 25.11.2021 beraten. Im Rat am 15.12.2021 wird dann über das Fortführen der Planung entschieden.
- Frage: Der letzte Ratsbeschluss zur Marina sah vor, dass drei Varianten erarbeitet werden sollten. Es wird geäußert, dass der Eindruck entsteht, dass die Varianten „Hafen in den Baumberger Rheinauen“ und „reine Freizeitnutzung (Badesee)“ nicht näher geprüft wurden. Die in der letzten Beteiligung eingegangenen Anregungen der Bürgerinnen und Bürger sind in den vorgelegten Konzepten nicht wiederzufinden.
- Antwort: Es sind alle vom Rat beauftragten Varianten ernsthaft und ergebnisoffen durch die Gutachter untersucht worden. Die Gutachten werden im Anschluss an die heutige Veranstaltung veröffentlicht, sodass die Bürgerschaft sich



davon überzeugen kann. Die umsetzbaren Vorschläge aus der letzten Konsultation wurden in die vorgestellten Konzepte integriert. Im Sinne eines transparenten Verfahrens werden die ersten Ergebnisse frühzeitig (noch vor der Beratung in den politischen Gremien) der Bürgerschaft vorgestellt.

Frage: Der Aufwand bedeutet einen großen Eingriff in die Landschaft, es sind erhebliche Kosten damit verbunden und der Kanal bedeutet eine weitere Trennung der beiden Stadtteile. Es wird hinterfragt, ob die Ausgestaltung des Sees zwangsweise mit einem Hafen erstellt werden muss oder ob der Greisbachsee nicht auch anders für die Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden kann. Weiterhin wird um Klarstellung der Ausgestaltung des jetzigen Rheinuferwegs gebeten.

Antwort: Ein Hafen wird nicht zwingend benötigt. Allerdings leistet sich die Stadt viele Einrichtungen, die nicht zwingend notwendig sind. Die Attraktivität der Stadt wird aber sehr stark von diesen Projekten gestärkt (bspw. Schwimmbad). Eine weitere Attraktivierung des Tourismus, neue Freizeitmöglichkeiten für die Monheimer Bürgerinnen und Bürger und die Erlebbarkeit des Wassers sind wichtige Argumente für die Marina.

Ein Hafen im Uferbereich ist nachweislich nicht möglich. Durch einen Brückenbau – keine Klappbrücke wie in der ersten Studie – sind Fuß- und Radweg nach wie vor vorhanden. Der Weg kann schön entlang des Kanals geführt werden. Der jetzige Rheinuferweg wird zwar unterbrochen, aber durch die geplante Anlage des Kanals und den Baumberger Hafen wird die Rhein-Atmosphäre doch eher ins Stadtgebiet transferiert als unterbrochen.

Frage: Der beschriebene Vorteil der Stadt durch den Tourismus wird hinterfragt, sollten die zukünftigen Nutzenden der Liegeplätze lediglich auf ihren Booten verweilen und die vergleichsweise weit entfernte Altstadt nicht aufsuchen.

Antwort: Die Bootsbesitzerinnen und -besitzer nutzen in Monheim die vorhandene Infrastruktur zur Versorgung im Hafen. Der Hafen an sich ist ein Ausflugsziel mit Gastronomie und Freizeitaktivitäten und bildet unabhängig vom Bootstourismus einen touristischen Anziehungspunkt. Am Beispiel Haus Bürgel sieht man, dass der Tourismus in Monheim am Rhein nicht nur auf die Altstadt beschränkt ist.

Frage: Die Marina birgt das Potential, zum Freizeit-Hot-Spot zu werden. Die Lärmbelastung der direkten Anwohnerinnen und Anwohner wird thematisiert und der geplante Umgang damit erfragt. Der Aspekt der Lärmbelastungen durch die Bürgerwiese wird hervorgehoben. Es wird befürchtet, dass die direkten Anwohnenden noch mehr Belastungen ausgesetzt werden und die städtischen Ordnungsbehörden ihrer Kontrollfunktion nicht richtig nachgehen.

Antwort: Die rechtlichen Vorgaben zum Schallschutz sind auch für eine solche Anlage bindend und werden selbstverständlich im weiteren Verfahren geprüft und berücksichtigt. Auch die Ereignisse auf der Bürgerwiese werden nach den rechtlichen Vorgaben genehmigt. Eine Besonderheit stellt hier die Brauchtumsverordnung dar, die bspw. für die Sonnwendfeier als Grundlage dient. Lärmschutz und Events sind an den Umstand der umliegenden Wohngebiete gebunden. Es wird keine Veranstaltung geben, bei der nicht alle rechtlichen Vorgaben zum Lärmschutz eingehalten werden. Gegen die städtischen Entscheidungen kann vor dem Verwaltungsgericht geklagt werden.



Das Ordnungsamt ist in den Sommermonaten auch am Wochenende im Dienst und kontrolliert vor Ort die Veranstaltungen im Stadtgebiet. Sollten Sie den Eindruck haben, dass die Kontrollen nicht ausreichen, können Sie die Beschwerde auch montags im Rathaus vorbringen.

Frage: Die Bürgerschaft trägt mehrfach Besorgnisse zum Landschaftsschutz, zum Artenschutz und dem Klimaschutz vor. Ein solches Projekt wäre mit den politischen Zielen zum Klimaschutz nicht vereinbar. Es fehlen wesentliche Aussagen zum Umgang mit dem Biotopverbund, der mit der Bautätigkeit verursachten Ausgleichsnotwendigkeit und der damit erzeugten Klimabilanz.

Antwort: Die Stadt Monheim am Rhein hat sich das Ziel gesetzt, bis 2035 klimaneutral zu sein. Dieses Ziel wird in verschiedenen und relevanten Bereichen für die Monheimer Klimabilanz zukunftsorientiert angegangen. Hier sind beispielsweise der kostenlose ÖPNV, die Umrüstung der Busflotte auf Wasserstoffbusse oder die Verhandlungen mit dem Anbieter für Fernwärme zu einem CO₂-neutralen Fernwärmenetz zu nennen. Alle Eingriffe in Natur und Landschaft werden im Zuge des Verfahrens geprüft und entsprechend der rechtlichen Vorgaben ausgeglichen werden müssen. Der Natur- und Artenschutz wird im Zuge des Verfahrens genau geprüft und durch die übergeordneten Behörden genehmigt werden müssen. Wenn beispielsweise die Brücke entsprechend gestaltet werden muss, damit Tieren der Korridor erhalten bleibt, wird dies in die Planungen integriert.

Frage: Es wird geäußert, dass die Rheinpromenade der Stadt Monheim am Rhein im Vergleich zu den Nachbarstädten in Ästhetik und Gestaltung zurückbleibt. Es wird hinterfragt, ob nicht andere Dinge vordringlicher behandelt werden müssten als die Errichtung eines Hafens.

Antwort: Die Stadt verfolgt das Ziel, die Stadtgestalt zu verbessern. Durch den Rheinanschluss wird der Rhein erlebbar gemacht. Die Umgestaltung der Rheinpromenade wird bis zum Greisbachsee fortgesetzt. Die Rheinuferstraße wird auch umgestaltet, die Bürgerbeteiligung dazu hat schon stattgefunden.

Frage: Es wird befürchtet, dass die geplante Marina auf dem Greisbachsee nicht zukunftsorientiert geplant ist, da der Rhein nachweislich in den letzten Jahren immer häufiger Niedrigwasser führt. Es wird erfragt, ob die Planungen diesen Aspekt berücksichtigen und eine spätere Nutzbarkeit unter diesem Aspekt überhaupt sinnvoll möglich ist.

Antwort: Die Aspekte der Wasserstände sind in den Studien berücksichtigt. Schiffbare Zeiten wird es immer geben, auch in den Sommermonaten. Am Beispiel des Piwipper Böttchens ist zu sehen, dass es aufgrund von Niedrigwasser kaum Einschränkungen des Fährbetriebes gibt. Eine Perspektive über die zukünftigen Rheinstände ist durch die Verwaltung nicht leistbar, aber es ist davon auszugehen, dass der Rhein nicht austrocknen wird.

Frage: Es werden mehrfach Befürchtungen geäußert, dass sich die Stadt mit dem geplanten Vorhaben finanziell übernimmt. In den nächsten Haushalten wären bereits Schulden geplant, eine weitere Verschuldung will man sich nicht leisten. Es wird erfragt, ob weitere städtische Gesellschaften zur Finanzierung benötigt werden und inwieweit das Projekt nachhaltig Einnahmen garantiert.

Antwort: Die Finanzierung ist noch nicht weiter geklärt. Städtische Tochtergesellschaften wurden in der Vergangenheit zum Beispiel für die Monheimer Einkaufszentren gegründet. Die Gesellschaften werden immer dann gegründet, wenn diese Rechtsform sinnvoll ist. Die Kosten für ein



Projekt liegen grundsätzlich immer bei der Stadt. Ausschlaggebend ist ein positiver Ergebnishaushalt. Schulden für einzelne Projekte, denen jeweils hohe Werte entgegenstehen, sind prinzipiell nichts Schlechtes. Den städtischen Investitionen über Kredite stehen immer Werte gegenüber, die bei Verkauf auch zu 100 Prozent wieder abgelöst werden könnten. Für den Marinabetrieb wird auch ein Businessplan ausgearbeitet. Für den Betrieb wird zukünftig eine Betreiberin oder ein Betreiber gesucht, welcher die Marina nachhaltig und wirtschaftlich betreiben kann.

Anmerkung: Es wird hinterfragt, ob ein Vergleich mit dem Yachthafen Emmerich angestellt werden kann, wo dieser doch nicht von Wohngebieten sondern von Industrie und Gewerbe umgeben ist.

Frage: Es wird angeregt, eine Befragung der Monheimer Kinder in den Schulen vorzunehmen, da diese über die Zukunft ihrer Stadt mitentscheiden sollten.

Antwort: Die gesamte Monheimer Bevölkerung wird im Anschluss an diese Öffentlichkeitsbeteiligung mittels der Online-Konsultation beteiligt. Hier können auch Kinder und Jugendliche ihre Anregungen kundtun.

Frage: Es wird um Information gebeten, weshalb die Stadt die Grundstücke Gemarkung Baumberg, Flur 5, Flurstück 350 und 2076 erworben hat und ob bereits feststeht, dort einen Parkplatz zu errichten.

Antwort: Das Grundstück wurde aufgrund der Planung und der Verfügbarkeit gekauft. Die Entwicklung der großen Variante 1 ist favorisiert. Dies ist aber nur unter Mitwirkung der einzelnen Eigentümerinnen und Eigentümer möglich. Das Projekt befindet sich noch ganz am Anfang des Verfahrens, beide Varianten sind als Möglichkeit anzusehen. Eine endgültige Nutzung der Grundstücke ist noch nicht festgelegt.

Frage: Es werden Befürchtungen geäußert, dass durch auslaufende Schadstoffe der Boote das Landschaftsschutzgebiet gefährdet ist.

Antwort: Der Wassersport ist ähnlichen Entwicklungen wie dem Autoverkehr unterlegen. Auch hier werden zukünftig Neuerungen bei Antrieb und Motorisierung entstehen. Die Einleitung von wassergefährdenden Stoffen ist in Deutschland ein Straftatbestand. Es gilt ein Einleitungsverbot. Sollte dies festgestellt werden, können Bootsbesitzerinnen und -besitzer angezeigt werden.

Frage: Es wird hinterfragt, warum das bestehende Landschaftsschutzgebiet für dieses Vorhaben umgebaut werden muss und warum man nicht das ehemalige Auskiesungsgebiet südlich des Greisbachsees für ein solches Vorhaben in Augenschein genommen hat.

Antwort: Der Biotopverbund am Kielsgraben zwischen Rhein und Knipprather Wald muss erhalten werden. Das dortige Auskiesungsgebiet wurde im Zuge der Rekultivierung zur Verfüllung beschlossen, hier sollte nie ein offenes Gewässer entstehen.

Frage: Es wird erfragt, ob es das generelle Vorhaben in der Verwaltung gibt, eine Bürgerbefragung über die Fortsetzung des Projektes abzuhalten.

Antwort: Generell ist das am Bürgerabend vorherrschende Stimmungsbild nicht repräsentativ, da nur ein kleiner Ausschnitt der Einwohnerschaft anwesend ist. Die Planung befindet sich in den Anfängen. Das Großvorhaben wird immer wieder erneut der Öffentlichkeit vorgestellt. Der Bürgerabend ist dazu



da, Anregungen der Bürgerschaft entgegenzunehmen und in die Planung zu integrieren sowie für das Projekt zu werben. Sollte es zu einem späteren Zeitpunkt einen Bürgerentscheid geben, ist das Ergebnis für den Rat der Stadt Monheim am Rhein bindend.

Frage: Es wird gefragt, wie wirtschaftlich der Aalschokker sei.

Antwort: Der Aalschokker generiert keine Gewinne, da der Besuch kostenfrei ist.

Anregung: Die Stadtentwicklung der vergangenen Jahre wird in diesem Kontext gelobt. Alles, was für die Stadt Monheim am Rhein spricht und sie attraktiviert, bringt die Stadt nach vorne. Man erkennt, dass sich solche Projekte wie der Aalschokker positiv für die Stadt entwickeln und die Stadt nach vorne bringen.

Frage: Es wird um Informationen zur geplanten Bauzeit und zum Umgang mit den notwendigen Umleitungsverkehren beim Brückenbau gebeten. In diesem Zuge wird speziell nach Schallschutzmaßnahmen an der Baumberger Chaussee gefragt.

Antwort: Zum aktuellen Zeitpunkt können keine Bauzeiten genannt werden. Am Beispiel der Kapellenstraße, die derzeit auch für ein Jahr geschlossen ist, ist zu erkennen, dass die Monheimer Straße nicht so stark befahren ist, als dass keine Umleitung möglich wäre oder gar Interimsbauten erstellt werden müssten. Die Bauzeit einer solchen Brücke wird sicherlich auch ein bis eineinhalb Jahre benötigen. Die genauen Bauzeiten sollen immer möglichst geringgehalten werden. Umleitungen werden immer im gesamtstädtischen Kontext gesehen.

Die generelle Entstehungszeit wird aber noch mindestens zehn Jahre benötigen. Es soll nicht der Eindruck entstehen, dass die hier präsentierten Entwurfsskizzen bereits ausschreibungsreif sind. Das Projekt steht am Anfang des Verfahrens, es werden noch viele Planungen notwendig sein. Allein das Planfeststellungsverfahren zur Genehmigung bei der Bezirksregierung Düsseldorf wird sicherlich vier bis sechs Jahre in Anspruch nehmen.

Die Baumberger Chaussee ist als überregionale Verkehrsachse anderen Lärmbeurteilungen unterlegen. Sollten nachweislich die Grenzwerte überschritten werden, werden entsprechende Schutzmaßnahmen eingeleitet.

Frage: Es wird geäußert, dass die Beschaffenheit des Sees nicht für eine Nutzung spricht, da dieser regelmäßig von Algen befreit werden müsse. Es wird erfragt, inwieweit dieser Umstand in der Planung Berücksichtigung gefunden hat.

Antwort: Ersten Aussagen der übergeordneten Fachbehörden zufolge, führt der Wasseraustausch durch den Kanal grundsätzlich zu einer verbesserten Wasserqualität. Dies wird sich aller Wahrscheinlichkeit auch auf die Algen auswirken.

Anmerkung: Die Natur braucht uns nicht, aber wir brauchen die Natur.

Anmerkung: Dass die Vogelinsel verlagert und ausgebaggert wird, wird kritisch gesehen.

Herr Zimmermann beendet den Bürgerabend um 20.15 Uhr.

Es wird noch einmal darauf hingewiesen, dass das Verfahren am Anfang der Planung steht. Die vorgestellten Skizzen sind noch keine Grundlage für einen Baubeschluss. Es wird ab dem 20.10.2021 eine weitere digitale Bürgerschaftsbeteiligung geben. Die vorgestellten



Untersuchungen werden im Internet zur Verfügung gestellt. Die politische Beratung wird im nächsten Planungsausschuss am 25.11.2021 stattfinden.

